

## Die Letzte

# Es wurde ein ziemlich harter Megxit

**Royals** Heute vor einem Jahr gaben Prinz Harry und Herzogin Meghan bekannt, ihre königlichen Pflichten abgeben zu wollen. Vom Rest der britischen Königsfamilie trennt sie nun gefühlt eine Welt – nicht nur wegen Corona.

Wie ein Schlag traf die Nachricht das britische Königshaus: Prinz Harry und seine Frau, Herzogin Meghan, machen Schluss. Goodbye, royales Leben mit Verantwortung und Verpflichtungen. Hello, Privatleben mit Selbstständigkeit und eigener Meinung. «Nach vielen Monaten des Nachdenkens und der Diskussionen haben wir uns entschieden, in dieser Institution eine neue fortschrittliche Rolle für uns zu finden», schrieben Harry und Meghan Anfang 2020 bei Instagram. Heute ist es ein Jahr her, dass die beiden angekündigt haben, sich von ihren royalen Pflichten zurückziehen und auf eigenen Beinen stehen zu wollen.

Königin Elizabeth II., Harrys Grossmutter, droht den beiden sogar mit dem endgültigen Bruch. Mittlerweile wohnen Meghan und Harry mit Sohn Archie in Kalifornien. Die royale Familie trennt also ein Ozean.

Sinn des Megxit war es, die Dinge anders zu machen, als es normalerweise für Royals üblich ist. Dennoch sorgt es regelmässig für Schlagzeilen, wenn das Paar tatsächlich mit royalen Traditionen bricht und neue Wege geht. Bei der US-Wahl berichteten etwa zahlreiche amerikanische Medien, als die 39-jährige Meghan ihren Stimmzettel in die Wahlurne geworfen hatte. Mitglieder der königlichen Familie geben traditionell bei Wahlen keine Stimme ab – sie haben keine eigene Meinung zu haben.

### Millionenschwere Deals

Ihrem Ziel, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen, dürften Harry und Meghan ein deutliches Stück näher gekommen sein. Dafür sorgen millionenschwere Deals mit den Streaming-Plattformen Netflix und Spotify, auf denen sie Filme, Serien und Podcasts herausbringen wollen. Allein der



Finanziell stehen Harry und Meghan trotz Abgang nicht im Regen. KEY

Netflix-Vertrag hatte ein Volumen von mehr als 100 Millionen Pfund (120 Millionen Franken).

Kritiker betonen, dass die Deals keinesfalls selbst erarbeitet seien – ohne den berühmten Namen und den Promi-Status

wären sie kaum vorstellbar. Mit einer eigenen Produktionsfirma wollen Harry und Meghan für Netflix Dokumentationen, Spielfilme und Angebote für Kinder produzieren. Mit dem Geld konnte das Paar 2,4 Millionen

Pfund für die Renovierung seines britischen Wohnsitzes Frogmore Cottage zurückzahlen.

### Übergangsphase endet

Ähnlich wie beim Brexit gibt es auch beim Megxit eine Übergangsphase. Die Einigung mit dem Königshaus sah vor, nach einem Jahr den Prozess zu bewerten und zu vereinbaren, wie es weitergeht. Dabei geht es etwa darum, dass das Paar auf die lukrative Marke «Sussex Royal» und die Anrede «Königliche Hoheit» verzichtet. Palast-Insider mutmassen jedoch bereits, mit den Netflix- und Spotify-Deals sei eine Rückkehr in die Reihen der Royals nahezu ausgeschlossen. Auf Dauer könne das Paar sich eben nicht das Beste aus zwei Welten herauspicken, so Kritiker. Bereits seit Jahren liefern sich Harry und Meghan einen erbitterten Streit mit der Boulevardpresse. Die Fehde gilt sogar als

einer der Hauptgründe für den Abgang des Paares. Immer wieder hatten auch Meghans afro-amerikanische Wurzeln in der Presse eine Rolle gespielt, teilweise mit rassistischen Untertönen. In Grossbritannien wurden Harry und Meghan auf Schritt und Tritt von der Presse verfolgt. Seit dem Megxit setzt das Paar zunehmend auf Selbstinszenierung. Ob Video-Statement, Zeitungsbeitrag oder professioneller Streaming-Content: Harry und Meghan wollen selbst bestimmen, wie die Welt sie wahrnimmt. Die Coronapandemie hat den Abgang des Paares zu einem ziemlich harten Megxit gemacht: Auch über Weihnachten war ein Wiedersehen mit der königlichen Familie wegen Reise- und Kontaktbeschränkungen nicht möglich. Wann sich die Lage entspannt und eine Reise in die alte Heimat infrage kommt, dürfte in den Sternen stehen. *sda*

## Leserfoto des Tages



«Der eigene Weg» von Ruedi Häberli aus Lengnau. Ort der Aufnahme: Sahara.

gesponsert von



Aktuelles Monatsthema: «Der Weg»

Teilnehmen am Leserfotowettbewerb:  
www.bielertagblatt.ch/mein-beitrag

## Keine Strafe für Autolenker

**Lausanne** Das Bundesgericht hat die Verurteilung eines Autolenkers wegen grober Verletzung der Verkehrsregeln aufgehoben. Dies geht aus einem gestern veröffentlichten Urteil hervor.

Dem Mann wurde vorgeworfen, einer Velofahrerin vor der Synagoge der Israelitischen Gemeinde Basel den Weg abgeschnitten zu haben. Nur dank einem abrupten Ausweichmanöver der Velofahrerin kam es nicht

zu einer Kollision. Die Ereignisse wurden von der Videoüberwachungsanlage der Israelitischen Gemeinde festgehalten. Die Kamera war in Absprache mit der Polizei installiert worden. Jedoch fehlte es am gemäss Gesetz dafür notwendigen Reglement.

Das Bundesgericht hat nun festgehalten, dass die Videoaufnahme somit nicht als Beweis gegen den Autolenker verwendet werden darf. *sda*

## Fertigsalate mit Listerien verseucht

**Rückruf Selbst Salat ist nicht immer gesund. Mehrere Grossverteiler warnen Kunden und Kundinnen davor, von ihnen verkaufte Produkte zu essen.**

Aldi, Migros und Denner rufen verschiedene Fertigsalate wegen Listerien zurück. Sie empfehlen, diese Produkte nicht zu verzehren. Zurückgerufen werden die drei Aldi-Artikel Fresh Cut Fa-

mily Salat, Fresh Cut Salat Cup Vegetarisch und Fresh Cut Ultrafrische Salate (Sorte Wurst-Käse) mit Mindesthaltbarkeitsdaten vom 6. bis 10. Januar 2021. Bei Migros sind sieben Fertigsalate betroffen, darunter M-Budget Mischsalat und mehrere Produkte der Marke Anna's Best. Denner rief drei Artikel der Mmmh Mischsalate zurück, alle mit Verbrauchsdatum vom 8. und 9. Januar. Alle drei Grossver-

teiler stellten bei internen Kontrollen Listerien im verwendeten Mais fest. Eine Infektion mit Listerien verläuft bei gesunden Erwachsenen meist symptomlos. Für Menschen mit geschwächtem Immunsystem kann die Listeriose aber lebensbedrohlich werden. Gefährdet sind vor allem Kranke und Ältere, Kleinkinder und Menschen mit geschwächtem Immunsystem sowie Schwangere. *sda*

## Die Polizei kam per Schlitten

**Bayern** Mit Hilfe eines Motorschlittens hat die deutsche Polizei im Allgäu eine illegale Hütten-Party mit mehr als 20 Gästen aufgelöst.

Spaziernägern sei die Feier im Ort Nesselwang wegen der lauten Musik aufgefallen, teilte die Polizei mit. Als die Beamten die Party am Mittwochabend auflösen wollten, stiessen sie auf ein Hindernis: Die Partygäste blockierten die einzige Zufahrtsstrasse mit einem Auto. Die Beamten hätten sich daraufhin vor Ort einen Motorschlitten zur Weiterfahrt organisiert, sagte ein Polizeisprecher.

Als die Polizisten zur Hütte kamen, versteckten sich die inzwischen vorgewarnten Partygäste demnach unter anderem in einem nahe gelegenen Wald. Trotzdem ermittelten die Beamten nach eigenen Angaben bis gestern mehr als 20 Gäste. *sda*

## Comeback als Wetterfrosch

**Berlin** Jörg Kachelmann ist in Deutschland seit heute wieder als Wetterexperte im Radio zu hören. Der 62-jährige Schweizer präsentiert nun immer freitags um 7.10 Uhr das «Wetter zum Wochenende» bei Schlager Radio B2. «Radio hat mir schon immer sehr viel Spass gemacht», sagte der TV-Moderator laut Mitteilung des Senders. *sda*

## Horoskop

- Widder 21.3. – 20.4.**  
Machen Sie sich das Leben eventuell schwerer als nötig? Entschliessen Sie sich dazu, konsequent einen geraden Kurs zu steuern.
- Stier 21.4. – 20.5.**  
Jetzt müssen noch einmal die Ärmel hochgekrempt werden. Zu allem Übel setzt man Ihnen Termine, die Sie in Zeitdruck bringen.
- Zwillinge 21.5. – 21.6.**  
Ein spielerisches Umgehen mit Routinearbeiten macht den Alltag um einiges leichter und bringt erheblich mehr Schwung ins Team.
- Krebs 22.6. – 22.7.**  
Akzeptieren Sie die Dinge, die Sie beim besten Willen nicht ändern können. Sie werden sehen, es geht Ihnen gleich viel besser.
- Löwe 23.7. – 23.8.**  
Ihr Gerechtigkeitsinn wird auf die Probe gestellt. Heraushalten oder sich einmischen? Ihre Umgebung verrät, was richtig ist.
- Jungfrau 24.8. – 23.9.**  
Die Erwartungen, die Sie an sich und an andere stellen, sind nicht gerade niedrig. Fragen Sie sich, ob das wirklich nötig ist.

**Waage 24.9. – 23.10.**  
Verzichten Sie heute lieber auf Süßes und Fett. Rafften Sie sich zu einer Jogging-Runde auf. Das kurbelt den Stoffwechsel an.

**Skorpion 24.10. – 22.11.**  
Ein Anruf genügt, um ein klärendes Gespräch in die Wege zu leiten. Es fällt Ihnen heute leicht, die richtigen Worte zu finden.

**Schütze 23.11. – 21.12.**  
Einkaufsbummel dürfen sein. Achten Sie darauf, das Konto nicht allzu sehr zu strapazieren. Bald sieht alles wieder besser aus.

**Steinbock 22.12. – 20.1.**  
Je weniger Sie sich vom dem Auftreten des Chefs verunsichern lassen, desto selbstsicherer können Sie Ihre Anliegen vorbringen.

**Wassermann 21.1. – 19.2.**  
Sie lassen sich leicht ablenken. Dadurch schleichen sich Fehler ein. Prüfen Sie am Ende noch einmal alles auf Herz und Nieren.

**Fische 20.2. – 20.3.**  
Laden Sie Ihre Freunde doch einmal wieder zu sich ein. Vertreten Sie Ihre Meinung in einer kniffligen Angelegenheit standhaft.

Die täglichen Horoskope werden herausgegeben vom Kanzlit Pressebüro.  
[www.kanzlit.com](http://www.kanzlit.com)

# Kontext

Der zweite Bund des Bieler Tagblatts



Titelgeschichte

## Ständemehr: Nötiges Korrektiv oder historisch überholt?

Beim Ständemehr hat eine Stimme aus dem Kanton Uri massiv mehr Gewicht als eine aus dem Kanton Zürich. Ist das noch zeitgemäss und gerecht?

Die vielen Plakate haben nichts genutzt: Die Konzernverantwortungsinitiative ist Ende November am Ständemehr gescheitert. KEYSTONE/EA

Carlo Schuler

Knapp 27 000 Stimmberechtigte gibt es aktuell im Kanton Uri. Über 950 000 sind es im Kanton Zürich. Wenn es bei Abstimmungen um die Ständesstimmen geht, so zählen aber beide Kantone gleich viel: Beide haben je eine Ständesstimme. Und beiden Kantonen stehen je zwei Ständeräte zu. Eine Stimme aus dem kleinen Kanton Uri hat somit in beiden Fällen – wenn man von der Anzahl Stimmberechtigter ausgeht – über 35 Mal mehr Gewicht als eine Stimme aus dem Kanton Zürich.

Ist das gerecht? Die Frage beschäftigt die Politik spätestens seit der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative (KVI): Diese wurde vom Schweizer Volk zwar angenommen, scheiterte aber am Ständemehr.

Seit der Gründung des modernen Bundesstaates 1848 gab es insgesamt zehn Abstimmungen, bei denen das Volksmehr durch das Ständemehr ausgebremst

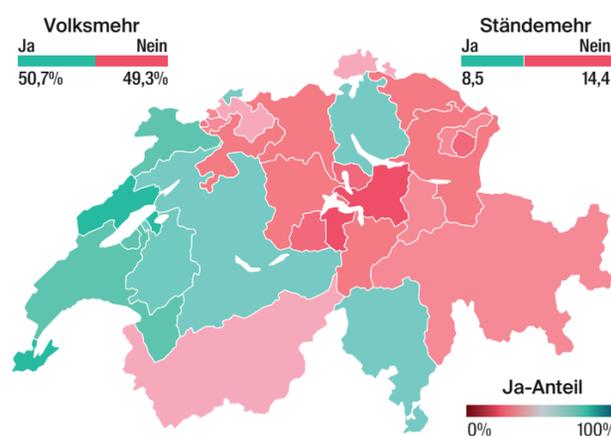
wurde. Immerhin die Hälfte dieser Abstimmungen fallen auf die letzten knapp 40 Jahre.

Die Kantone Schwyz, Aargau und die beiden Appenzell waren in allen diesen zehn Abstimmungen bei den Nein-Sagern und somit auf der Seite der Profitierenden des Ständemehrs. Luzern, Uri, Ob- und Nidwalden und Schaffhausen gehörten nur je ein einziges Mal nicht zu den Profitierenden. Zum Vergleich: Der Kanton Zürich stand bei all diesen zehn Vorlagen immer auf der Verliererseite. Nutzniesser des Ständemehrs sind in erster Linie die eher bevölkerungsschwachen Landkantone der Zentral- und Ostschweiz.

### «Das Ständemehr ist ein Regulativ»

Vor all diesen Hintergründen erstaunt es nicht, dass nach der KVI-Abstimmung Stimmen laut wurden, die neue Spielregeln forderten. Modelle für eine Änderung der Ständemehr-Regeln existieren schon seit Längerem. So wurde in der Vergangenheit

### Die Konzernverantwortungsinitiative



GRAFIK: BT/ml Quelle: GFS Bern

etwa vorgeschlagen, die Anforderungen an ein Veto der Stände zu erhöhen (zum Beispiel erforderliche Mehrheit von zwei Dritte der Stände). Vorgeschlagen wurde auch schon, dass bei einer qualifizierten Volksmehr-

heit das Ständemehr nicht mehr zum Tragen kommen solle.

Der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht (SVP), der anfangs Dezember zum neuen Präsidenten des Ständerates gewählt wurde, erklärt: «Ich bin ein klarer Befür-

worter des Ständemehrs.» Dieses sei ein Regulativ zwischen den bevölkerungsmässig grossen und den kleinen Kantonen. Dieses Regulativ verhindere, dass die Menschen in den kleinen Kantonen in zentralen Fragen von Verfassungsbestimmungen überstimmt würden. «Eine Abschaffung oder Korrektur sehe ich überhaupt nicht und ich würde mich vehement dagegen wehren.»

Der Urner CVP-Nationalrat Simon Stadler war ein klarer Befürworter der KVI-Initiative. Dennoch ist er für die Beibehaltung des Ständemehrs. Selbstverständlich gebe es bei Volksinitiativen mit dem Ständemehr eine zusätzliche und hohe Hürde. Aber dieses System basiere auf einem feinen Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen und Regionen in der Schweiz: «Auch wenn ich mir ein Ja sehr gewünscht hätte, ist es nicht richtig, dass aufgrund des negativen Ausgangs dieser Abstimmung ein wichtiges ausgleichendes Element unseres demokrati-

schen Systems infrage gestellt wird.» Das Ständemehr mache heute und auch in Zukunft Sinn. «Dies sind nun einmal unsere Spielregeln, zu denen auch ich mit Überzeugung stehe.»

Auch der Zuger Ständerat Matthias Michel (FDP) ist der Ansicht, dass in Sachen Ständemehr kein Reformbedarf bestehe: «Das Ständemehr verheisst Stabilität, Ausgleich zwischen Gross und Klein. Und es zwingt auch dazu, Mehrheiten im Gespräch und in der politischen Auseinandersetzung zu finden, was ich wichtig finde.»

### «Das Ständemehr ist historisch überholt»

Andreas Marty ist Präsident der SP des Kantons Schwyz. Der Kanton Schwyz gehörte in der Vergangenheit in zehn von zehn Fällen zu den Profiteuren des Ständemehrs. Andreas Marty sagt, mit dem Ständemehr könne ein kleiner Teil der Bevölkerung aus den ländlich konservativen

Fortsetzung auf Seite 20

### Auf dass die Stille verschwindet

Muss man sich erst wieder an Menschen gewöhnen? Camilla Landbø aus Málaga beobachtet, wie ruhig die Welt geworden ist und hofft auf ein lauterer 2021.

### Was ein Mikrofon bewirken kann

Sperrig, gestelzt, verschwurbelt: Komplizierte Wortgebilde sind eine Schweizer Eigenheit, findet Matthias Knecht – und bittet um klare Ansagen.

### Wo Nadeln im Akkord rattern

Ob Stickereien oder Druck, bei Werk5 werden neben Switcher-Shirts haufenweise andere Textilarten veredelt. Ein BT-Fotograf war zu Besuch.

# Titelgeschichte



Ihr Weibeln half nicht: Alt-Ständerat Dick Marty, Alt-Nationalrätin Ursula Haller, der damalige Ständeratspräsident Hans Stöckli und Nationalrätin Kathrin Bertschy auf einem Pro-KVI-Plakat in Burgdorf. KEYSTONE/EA

## Fortsetzung von Seite 19

Kantone Reformvorlagen bodigen. «Das ist demokratiepolitisch bedenklich.» Die Hürden für Veränderungen seien auch ohne Ständemehr schon hoch. Dabei gebe es neben den Stadt- und Landkantonen auch Unterschiede unter den Sprachregionen, die mit dem Ständemehr nicht abgebildet würden. Dies könne zu einer Gefährdung des Zusammenhalts innerhalb der Schweiz führen. «Ich orte also ganz klar einen Reformbedarf», erklärt Andreas Marty.

Ebenfalls für die Abschaffung des Ständemehrs plädiert die Zuger Nationalrätin Manuela Weichelt (Grüne/Alternative). Geschichtlich lasse sich das Ständemehr gut begründen. Früher sei der Kanton Zürich nur gerade 17-mal so bevölkerungsreich wie der Kanton Uri gewesen, entsprechend habe damals die Stimme eines Urners auch bloss 17 Zürcher und Zürcherinnen aufgewogen statt 38 wie heutzutage. «Heute ist das Ständemehr jedoch überholt und sollte ganz abgeschafft werden.»

Vehement für eine Abschaffung des Ständemehrs spricht sich der frühere Zuger Nationalrat (Grüne-Alternative) und Historiker Jo Lang aus. «Das Ständemehr ist historisch überholt», titelte Jo Lang nach der KVI-Abstimmung bei Journal 21. Es sei höchste Zeit, dieses Instrument zu hinterfragen. Für die neuen Minderheiten in der Schweiz biete das Ständemehr nicht Schutz, sondern Gefahr. Zu diesen neuen Minderheiten zählt Lang aktuell vorab die französischsprachigen Kantone.

### Das Ständemehr als Minderheitenschutz

Urs Bieri, Politikwissenschaftler und Co-Leiter des Forschungsinstitutes gfs Bern, sagt: «Die

Absicht des Ständemehrs ist historisch klar und für die Gründung der modernen Schweiz zentral: Die Schweiz löste sich aus dem Bürgerkrieg zwischen den minderheitlichen katholisch-konservativen und mehrheitlichen liberalen Kantonen durch die Gründung des modernen Bundesstaates.» Die katholisch konservativen Kantone hätte diese grosswahrscheinlich nicht kampfflos mitgetragen, wenn man diesen wichtigen Minderheitenschutz nicht als Gegensteuerung eingebaut hätte.

Minderheitenschutz sei es noch heute, das Ständemehr schütze die aufgrund der födera-

len Strukturen wichtigste Minderheit, den einzelnen Kanton, davor, permanent von den grössten sechs Kantonen in der Schweiz überstimmt zu werden.

Urs Bieri ergänzt: «Zudem finde ich nach wie vor zentral: In unserem System könnte ich ohne Ständemehr mit einem Volksmehr von 50 Prozent und einer Stimme die Verfassung ändern. Das Ständemehr ist damit auch eine Art Korrektiv für verfassungsrechtliche Anliegen, die maximal knappe Mehrheiten in der Bevölkerung hinter sich haben.» Zweifelloser sei es aber so, dass man dies auch anders, vielleicht moderner regeln könnte.

Es gebe in der Politikwissenschaft verschiedene Überlegungen, die in diese Richtung zielen.

### «Kleine Kantone verteidigen ihre Privilegien»

Jakob Tanner, emeritierter Geschichtspräsident der Universität Zürich, weist auf Anfrage darauf hin, dass man bei der Einführung des Ständemehrs sowohl 1848 wie 1874 primär an innerschweizerische Auseinandersetzungen und an die Rechte der «souveränen» Kantone dachte. Im Kulturkampf jener Jahre sei es den katholisch-konservativen Kantonen darum gegangen, sich

gegen den freisinnigen Machtanspruch durchzusetzen. Im Vergleich dazu sei die Ausgangslage heute bei einer Abstimmung wie der KVI sicher eine andere.

Trotzdem gebe es unter den «Landkantonen» auch heute noch verbindende Interessen. Dies habe man auch bei der KVI-Abstimmung gesehen. Gerade im Bereich von Themen wie Steuern, Holdings und Domizilgesellschaften gebe es unter diesen Kantonen wohl durchaus eine Art gemeinsames Bewusstsein.

«Viele dieser Kantone haben sich auf die internationale Steuerkonkurrenz eingelassen und sind – wie der Kanton Zug –

Sitz von internationalen Grosskonzernen, welche die KVI im Visier hatte.»

Auch Glarus, Nid- und Obwalden gehörten dazu. Diese Kantone seien oft weniger industrialisiert als der Rest des Landes. «Wenn es jedoch um das Unternehmensdomizil geht, sind sie oft sehr stark – und sie verteidigen diese Privilegien, wie die Abstimmungskarte der KVI deutlich zeigte.»

Allerdings müsse man unter den Landkantonen differenzieren: «Schwyz ist eher ein Kandidat für die Steuerkonkurrenz und der Kanton hat damit nicht wirklich gute Erfahrungen gemacht.»

## Eine interessante Aussage

Am KVI-Abstimmungssonntag machte Christoph Mäder, der neue Präsident des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse, gegenüber Radio SRF eine interessante Aussage. Mäder sagte, man habe «die Anstrengungen da intensiviert, wo man am meisten Erfolgchancen gesehen» habe. Das wirft Fragen auf. Lassen sich Abstimmungen – jedenfalls jene, bei denen schon zum Voraus absehbar ist, dass dem Ständemehr eine entscheidende Rolle zukommen wird – demnach auf diese simple Art gewinnen?

Auf Anfrage antwortet Christoph Mäder, die ganze Nein-Koalition habe sich schweizweit engagiert. «Dabei haben wir, wie dies in allen Kampagnen üblich ist, gewisse Schwerpunkte gebildet und dort unsere Anstrengungen intensiviert, wo wir uns Erfolg versprochen.» Welche Zielgruppen oder Kantone dabei im Vordergrund standen, gebe Economiesuisse nicht bekannt.

Marc Bühlmann, Professor für Politikwissenschaften der Universität Bern, hat mit seinem Team

von Année Politique bei der KVI-Abstimmung die Werbeausgaben der Pro- und Kontrasteile untersucht. Er erklärt, in diversen kleinen Kantonen habe es überdurchschnittlich viel Inserateaufkommen gegeben, allerdings nicht in allen. Die Analyse von Année Politique habe sich auf die Zeit bis zehn Tage vor der Abstimmung beschränkt. Vor diesem Hintergrund sagt Marc Bühlmann: «Hinzu kommt, dass sich die Konzentration auf einige Kantone vermutlich zum Ende der Kampagne noch deutlich verstärkt hat.» Die Gegner der KVI-Vorlage hätten zwar in allen Kantonen überdurchschnittlich viel mit Inseraten geworben, also auch etwa in Zürich und Bern. In den kleinen Kantonen sei es im Vergleich dazu einfach nochmals ziemlich deutlich mehr gewesen: «Aufgrund der groben Zahlen lässt sich sagen, dass sich die Gegner – gemessen an den Inseraten in den Zeitungen – eher um das Ständemehr gekümmert haben als die Befürworter, bei denen sich kein entsprechendes Muster zeigt.» cs

## Zehn Abstimmungen, bei denen das Ständemehr entschied

- Konzernverantwortungsinitiative, November 2020
- Bundesbeschluss über Familienpolitik, März 2013
- Bundesbeschluss über einen Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung, Juni 1994
- Bundesbeschluss über die Revision der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung, Juni 1994
- Bundesbeschluss über Energieartikel in der Bundesverfassung, Februar 1983
- Bundesbeschluss über Konjunkturartikel der Bundesverfassung, März 1975
- Bundesbeschluss über die Änderung der Bundesverfassung über das Bildungswesen, März 1973
- Bundesbeschluss über die Änderung der Finanzordnung des Bundes, November 1970
- Bundesbeschluss über Volksinitiative zum Schutz der Mieter und Konsumenten, März 1955
- Mass und Gewicht, Januar 1866 ab

## «Präventives» Ständemehr

Sowohl das Ständemehr wie auch die Institution des Ständerates wurden im 19. Jahrhundert eingeführt, um die sieben Sonderbundskantone (die katholischen Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis) vor dem Einfluss der grossen Kantone zu schützen. Interessanterweise steht heute aber der katholische Kanton Jura in Bezug auf das Ständemehr konstant auf der Verliererseite: Seit der Gründung des Kantons war der Jura in fünf von fünf Fällen bei jenen Kantonen, deren Ja durch die ablehnende Mehrheit der Stände wirkungslos blieb. Aber auch das Tessin und die französischsprachigen Kantone stehen in der Vielzahl der Fälle auf der Seite der überstimmten Stände.

Zehn Abstimmungen, davon zwei Initiativen und acht normale Vorlagen, bei denen das Ständemehr den Ausschlag gab (siehe Infobox links), mögen auf den ersten Blick als vielleicht nicht extrem viele erscheinen. Nicht zu übersehen sind aber

jene Fälle, bei denen Abstimmungen nur knapp anders ausgingen. Bekanntes Beispiel: Die EWR-Abstimmung von 1992: Da fehlte sehr wenig – und es wäre zu einem Volks-Ja gekommen. Dieses aber wäre durch das Nein der Stände ausgehebelt worden.

Auf einen weiteren Aspekt macht Adrian Vatter in seinem Buch «Föderalismusreform» aufmerksam. Er schreibt, die «Bremswirkung» des Ständemehrs zugunsten der beharrungswilligen Kantone komme meist schon präventiv bei der Ausarbeitung der Vorlagen zum Tragen und drücke sich nur in Ausnahmefällen in den Abstimmungsergebnissen aus. Mit anderen Worten: Die Wirkung des Ständemehrs geht deutlich über die einzelnen Abstimmungssonntage hinaus. Vatter spricht von einer «innovationshemmenden» Wirkung. cs

Quelle: Adrian Vatter, Föderalismusreform, NZZ Libro 2006, ab Seite 73.

## Titelgeschichte

# «Das ist der sehr hohe Preis des Föderalismus»

Die Seeländer Bundespolitiker Hans Stöckli (SP), Heinz Siegenthaler (Die Mitte) und Kilian Baumann (Grüne) haben unterschiedliche Ansichten über das Ständemehr.



Hans Stöckli, Ständerat SP, Biel BILDER: MATTHIAS KÄSER



Heinz Siegenthaler, Nationalrat Die Mitte, Rüti



Kilian Baumann, Nationalrat Grüne, Suberg

### Wie stehen Sie zum Ständemehr?

Es ist der staatspolitische Schlüssel für die erfolgreiche Willensnation Schweiz, den unsere Gründerväter 1848 unter dem Eindruck des Bruderkrieges zwischen den katholischen und protestantischen Kantonen aus den Vereinigten Staaten importierten. Damit sollte die Dominanz der bevölkerungsreichen, wirtschaftlich starken und protestantischen Kantone eingeschränkt werden. Der Ständerat verdankt seine Entstehung den gleichen Überlegungen. Als Student wollte ich ihn ersatzlos abschaffen, weil er damals, vor 50 Jahren, noch von den bürgerlichen Parteien als Notbremse gegen den fortschrittlicheren Nationalrat eingesetzt wurde; dies war möglich, weil die Linke nur vier Sitze hatte. Das hat sich zum Glück (auch für mich, denn sonst hätte ich wohl das «Stöckli» im letzten Jahr nicht präsidieren können) gerade in den letzten Jahren geändert, weil die Mehrheit den Nationalrat zum Bremserrat machte und die rot-grüne Seite im Ständerat heute die Rekordzahl von 14 Stimmen vereinigt. Leider hat heute das Ständemehr die gleiche Wirkung wie in früheren Zeiten der Ständerat.

Das ist etwas Sinnvolles. Aber seit 1848 hat sich viel verändert. Man müsste sich überlegen, ein mathematisch besseres Verhältnis zu finden, um die Stimmen der kleinen Kantone zu gewichten. Eines, das der Realität besser entspricht.

Es ist grundsätzlich richtig, dass Minderheiten im politischen Prozess mehr Gewicht haben, damit sie nicht regelmässig von den grossen Playern überstimmt werden können. Das Ständemehr bevorteilt aber nur die kleinen, ländlichen Kantone der Deutschschweiz. Andere Minderheiten wie die französisch- oder italienischsprachigen Kantone profitieren nicht vom Ständemehr. Durch die Bevölkerungsentwicklung in den letzten 150 Jahren ist das Verhältnis zudem in eine starke Schiefe geraten. Das Ständemehr in seiner heutigen Form bedarf daher sicher einer Reform.

### Eine Stimme aus dem kleinen Kanton Uri hat über 35 Mal mehr Gewicht als eine Stimme aus dem Kanton Zürich. Ist das ungerecht?

Das ist demokratiepolitisch ungerecht, aber staatspolitisch in zwei Fällen so gewollt: bei der Annahme der Verfassung und bei der Wahl der Mitglieder des Ständerates. Bei allen anderen Abstimmungen und bei den Wahlen für den Nationalrat gilt dieses Ungleichgewicht nicht. Das ist der sehr hohe, aber bekannte Preis des Föderalismus.

Der Schutz der kleinen Kantone ist gut, es zeigt sich immer mehr, dass städtische und ländliche Regionen unterschiedliche Interessen haben. Aber das Verhältnis müsste entschärft werden. Im konkreten Fall wäre vielleicht zehnmal mehr Gewicht besser als 35-Mal.

Ein so grosses Ungleichgewicht ist aus demokratischer Sicht problematisch. Das Ständemehr hat als Schutz der kleinen Kantone sicher seine Berechtigung, aber die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 150 Jahren hat das Verhältnis stark zugunsten der kleinen Kantone verschoben. Bei der Gründung des Bundesstaats wog eine Urner Stimme nur siebzehnmals mehr als eine Zürcher Stimme. Wenn wir mit einer Reform des Ständemehrs zu einem solchen Verhältnis zurückfinden und vielleicht auch andere Minderheiten berücksichtigen können, wäre viel für den Föderalismus gewonnen.

### Hat ein bestimmtes politisches Ereignis Ihre Haltung beeinflusst?

Tatsächlich hat die Tätigkeit als Hilfsassistent an der Universität Neuenburg in den Jahren 1978/79 beim liberalen und föderalistisch eingestellten Staatsrechtler und Ständerat Jean-François Aubert meine zentralistische Haltung etwas abgeschwächt. Sozialdemokrat bin ich geblieben, aber mein Verständnis für den Föderalismus wurde gestärkt. Mir wurde bewusst, dass wir allen Menschen in unserem Land eine Heimat bieten müssen, auch wenn sie aus kleinen Kantonen stammen oder sprachlichen Minderheiten angehören. Das bedingt, dass nicht nur die zahlenmässigen Mehrheiten zu berücksichtigen sind, sondern dass auch die Interessen der Minderheiten geschützt und respektiert werden müssen.

Ich bin diesem System gegenüber schon länger kritisch eingestellt, und zwar aus zwei Gründen: Einerseits haben die kleinen Kantone nicht die Ressourcen, die man von einem Kanton erwartet. Viele Stadtpräsidentinnen und -präsidenten haben grössere und schwierigere Aufgaben zu bewältigen als Kantonsvorsteher, weil sie mehr Einwohner haben. Selbst Köniz ist grösser als der Kanton Appenzell Innerrhoden. Ich wäre deshalb dafür, dass in der Ostschweiz grössere regionale Gefässe gebildet werden. Viel dramatischer aber präsentiert sich die Lage derzeit in der Covid-Krise. Es zeigt sich: Der Kantönligeist funktioniert nicht, es bräuchte in einer Krisensituation eine klare Führung des Bundes. Man müsste die Aufgabenteilung von Bund und Kantonen neu überdenken. Der Föderalismus ist gut, aber dessen Kehrseite ist der Kantönligeist.

Nein, das lässt sich nicht an einem konkreten Ereignis festmachen. Das Ungleichgewicht zugunsten der kleinen, ländlichen Kantone der Deutschschweiz manifestiert sich ja nicht nur bei Abstimmungen, sondern es prägt den ganzen politischen Prozess durch die gleiche Gewichtung von National- und Ständerat.

### Wie beurteilen Sie die aktuelle und eine allenfalls geänderte Situation aus Sicht des Kantons Bern?

Natürlich richteten sich sowohl das Ständemehr als auch die Zusammensetzung des Ständerates insbesondere gegen den 1848 bevölkerungs- und wirtschaftsstärksten protestantischen Kanton Bern. Aber als Kanton mit dem Sitz der Bundesregierung und Bundesverwaltung hat Bern ein Interesse an einer starken und geeinten Willensnation Schweiz.

Rein mathematisch würde es dem Kanton Bern entgegenkommen, wenn die kleinen Kantone nicht mehr so eine riesen Macht hätten. Aber der Kanton Bern ist eine Schweiz in sich: Er hat sowohl urbane als auch ländliche Gebiete, und aufgrund seiner Grösse hat er viel mehr Potenzial und Ressourcen. Deshalb gleicht sich das in etwa aus.

Der Kanton Bern ist als bevölkerungsreicher Kanton mit einer Standesstimme und nur zwei Ständeräten stark von diesem Ungleichgewicht zugunsten der kleinen Kantone betroffen. Bei einer Reform des Ständemehrs müsste der Kanton Bern sicher mehr politisches Gewicht erhalten.

### Denken Sie, die Diskussion wird dieses Jahr Fahrt aufnehmen oder eher wieder verebben?

Wenn die Diskussionen weitergeführt werden, dann nicht wegen des Ständerates, sondern hinsichtlich des Ständemehrs. Da aber alle entsprechenden Revisionen das doppelte Mehr von Volk und Ständen benötigen, und diejenigen Kantone, welche vom heutigen System profitieren, wohl kaum ohne Not oder Gegenleistung auf ihre Rechte verzichten werden, würde ich meine Kraft eher dazu verwenden, das Klima für Veränderungen in den kleineren Kantonen zu verbessern. So, wie die rot-grüne Seite ihre Sitzzahl im Ständerat in den letzten Jahrzehnten mehr als verdreifacht hat. Für das Ständemehr bei der Konzernverantwortungsinitiative fehlten bekanntlich wenige Stimmen. Interview: ab

Die Konzernverantwortungsinitiative hat die Problematik aufgezeigt, aber dieser Ärger wird wieder verebben. Die Diskussion um den Kantönligeist in Coronazeiten allerdings ist viel dramatischer und wird deshalb aktuell bleiben. Interview: ab

Ich denke, die Diskussion wird Fahrt aufnehmen, die Ungerechtigkeit wird ja immer grösser, eine grundsätzliche Diskussion über eine Reform ist nötig. Ob die Thematik in nächster Zeit virulenter wird, wird auch von zukünftigen Abstimmungsergebnissen abhängen. Wenn die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung regelmässig von den kleinen, konservativen Kantonen der Deutschschweiz ausgebremst wird, wird auch die Diskussion um das Ständemehr vermehrt geführt werden. Interview: ab